

# SOLIDARISCH

GLEICH-  
BERECHTIGUNG  
MEINE DAME!



Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Das rächt sich auch im Alter. Jede zehnte Frau, die in Rente geht, muss Ergänzungsleistungen beanspruchen. Doch die Bürgerlichen kümmert das nicht. Sie fordern im Parlament eine Erhöhung des Frauenrentenalters, um so die AHV auf Kosten der Frauen zu «sanieren».

## AHV: Die Solidarität stärken, nicht schwächen



Pierre-Yves Maillard, Nationalrat VD  
und Präsident des Schweizerischen  
Gewerkschaftsbundes

Die aktuelle Situation des Rentensystems ist alarmierend. Die Renten der beruflichen Vorsorge (Pensionskasse) fallen jedes Jahr tiefer aus. Die AHV-Leistungen sinken real, sei es aufgrund steigender Prämien oder steigender Mieten. Für Frauen ist die Situation noch schlimmer: Jede zehnte von ihnen muss einen Antrag auf Ergänzungsleistungen stellen, sobald sie pensioniert wird – nur, um über die Runden zu kommen.

### Demontage des Systems auf Kosten der Frauen

Hinter diesen bitteren Fakten stehen unzählige individuelle Schicksale – Männer und Frauen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und dennoch im Alter untendurch müssen. Damit wird ein historisches Versprechen gebrochen: Das Recht auf eine Rente, die den Lebensunterhalt von allen sichert, eine Rente, die nicht gleichbedeutend mit Armut ist.

«Eine Reform, die die Leistungen für Frauen verringert, würde an der Wahlurne auf entschlossenen Widerstand stossen.»

Leider kürzt das Parlament mit dem Projekt AHV 21 weitere Leistungen der AHV. In seiner jetzigen Form bedeutet das Projekt nichts anderes als eine Demontage des Systems. Dies geschieht auf Kosten der Frauen, die die niedrigs-

ten Renten bekommen und im Alter unter den Folgen der Ungleichheit leiden.

### An der Urne chancenlos

Mit der AHV 21 ignoriert die rechte Mehrheit die Realität. Sie ignoriert die grösste soziale Mobilisierung der jüngeren Geschichte, den Frauenstreik von 2019. Und sie ignoriert auch die politische Realität: Eine Reform, die de facto die Leistungen für Frauen reduziert, würde an der Urne auf heftigen Widerstand stossen. Das

zeigt der im Februar vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestartete Aufruf «Hände weg von den Frauenrenten», für den intern weniger Tage online mehr als 300 000 Unterschriften zusammenkamen.

### Die Abwärtsspirale stoppen

Die Vernunft gebietet es, dass wir die Katastrophenszenarien für die AHV hinter uns lassen. Stattdessen sollten wir von den konkreten Problemen und der wirtschaftlichen Situation ausgehen.

Wir müssen eine Abwärtsspirale bei den Renten der ersten und der zweiten Säule vermeiden und stattdessen den umgekehrten Weg einschlagen. Einerseits muss wegen der dauerhaft niedrigen Zinsen das Umlagesystem gestärkt werden, andererseits bringt die Finanzierung nicht mehr die erwarteten Erträge. Auch sollte in Zeiten einer beispiellosen globalen Krise die finanzielle Sicherheit der arbeitenden Menschen oberste Priorität haben. Die Erhöhung der AHV-Renten ist ein

wirksames Mittel, um die Kaufkraft zu stärken und den Wohlstand umzuverteilen.

### Solidarität stärken

Unser Gegenvorschlag kommt zur rechten Zeit: Wir fordern eine Stärkung der ersten Säule, bei der heutige und künftige Rentner eine 13. AHV-Rente erhalten. Und wir werden uns weiterhin für neue Einnahmen für die AHV einsetzen. Wir müssen dieses gewaltige Instrument der Solidarität stärken, nicht schwächen.

# Tatkräftig auf allen politischen Ebenen

**DIE POLITIK DER SP IST DANN WIRKSAM, WENN WIR AUF BUNDESEBENE, IN DEN KANTONEN UND AUF GEMEINDEEBENE ALLE AM GLEICHEN STRICK ZIEHEN.** Deshalb will die SP Schweiz den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien und den Sektionen stärken. Gemeinsam wollen wir in allen Landesteilen eine fortschrittliche, soziale und ökologische Politik formulieren und umsetzen.



Rebekka Wyler,  
Co-Generalsekretärin  
und Gemeinderätin  
in Erstfeld UR

Kürzlich führte die SP Schweiz gemeinsam mit dem parteiunabhängigen Netzwerk «Gemeingut Boden» eine Informationsveranstaltung für unsere Kommunalpolitiker:innen durch. Motto: Boden behalten, Gemeinden gestalten! Denn eine Gemeinde ohne Landreserven hat wenig Handlungsspielraum. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus? Unterstützung des lokalen Gewerbes durch günstige Räumlichkeiten? Bau einer Kinderkrippe? Fehlangeige. Hingegen kann eine Gemeinde, die Land im Baurecht abgibt, Bevölkerung und Gewerbe wirksam unterstützen und damit erst noch Einnahmen erzielen. Eigener Boden ist immer eine gute Anlage, nicht nur in Zeiten von Negativzinsen.

### Ermutigendes Basler Beispiel

Das Netzwerk «Gemeingut Boden» lancierte deshalb in vielen Gemeinden Bodeninitiativen, beispielsweise in Basel. Die Initiative forderte die öffentliche Hand auf, keine weiteren Grundstücke zu verkaufen, sondern diese Nutze-

rinnen und Nutzern im Baurecht abzugeben, falls kein Eigenbedarf besteht. Die Initiative wurde 2016 deutlich angenommen. Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten ihr «Tafelsilber» verkauft und realisieren heute, dass dies ein Fehler war. Umso populärer sind die Anliegen von «Gemeingut Boden». Denn der Wunsch nach einer handlungsfähigen Gemeinde verbindet über Parteigrenzen hinweg. Nur Leute, die immer noch glauben, dass weniger Staat mehr Freiheit bedeute und der Markt alles regle, können sich dieser Argumentation entziehen.

### Der Austausch bringt's

In der SP Schweiz besteht seit anderthalb Jahren das «Netzwerk Kommunalpolitik». Die Gruppe, die sich an SP-Exekutivmitglieder in kleinen Gemeinden richtet, hat den bodenpolitischen Anlass mitorganisiert. Im Netzwerk findet ein regelmässiger fachlicher und handwerklicher Austausch statt. Gute Beispiele, Tipps und Tricks haben eben-

so Platz wie solidarische Unterstützung unter Kolleginnen und Genossen. Ein nächster Anlass ist im Herbst 2021 geplant – hoffentlich vor Ort, ansonsten online.

Die Bedeutung der Gemeindepolitik für die SP ist gross: Denn in der Gemeinde ist man nahe bei den Leuten, kennt die Sorgen und Nöte von Gewerbetreibenden, Familien, älteren Menschen. Das inspiriert eine Politik «für alle statt für wenige» auch auf kantonaler Ebene und in Bundesbern. Umso wichtiger ist es, dass die Partei ihren Exponent:innen auf Gemeindeebene die nötige Wertschätzung und Unterstützung zukommen lässt. Das «Netzwerk Kommunalpolitik» spielt dabei eine wichtige Rolle. Wer Interesse hat, kann sich gerne melden!

# Manifest für eine starke Pflege

Alle sind auf gute Pflege angewiesen. Die Gesellschaft muss den Menschen, die in der Pflege arbeiten, endlich Sorge tragen und sie wertschätzen. Deshalb fordern wir, die Unterzeichnenden dieses Manifests, mehr Zeit, mehr Geld und mehr Anerkennung für die Pflege.

**Mehr Zeit:** Gute Pflege braucht Zeit. Zeit, um sich mit Menschlichkeit und Fachkompetenz um die Patient:innen zu kümmern. Das geht nicht ohne zusätzliches Personal. Dafür ist zentral, dass mehr Ausbildungsplätze zu attraktiven Bedingungen geschaffen werden.

**Mehr Geld:** Wer pflegt, trägt Verantwortung. Das muss sich in einem Lohn widerspiegeln, der auch bei Teilzeitarbeit zum Leben reicht. So wird auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert.

**Mehr Anerkennung:** Wir fordern bessere Anerkennung der Pflege und der Pflegenden. Die Pflege ist kein «Assistenzberuf», sondern ein selbstständiger Berufsstand mit hochgebildetem Personal.



Was zu tun ist, damit der Beruf Berufung bleiben kann: Pflegefachleute diskutieren am Pflegegipfel der SP Schweiz Mitte März ihren Alltag und ihre Forderungen. Mehr Zeit, mehr Geld! V.l.n.r.: Yvonne Ribbi, Barbara Gysi, Sara Muff, Andreas Daurù, Cédric Bussy, Beatriz Rosende.

# «Wir müssen jetzt das bezahlen»

**DIE FACHLEUTE AM PFLEGE GIPFEL DER SP SCHWEIZ VON MITTE MÄRZ** fanden bewegende Worte, um ihren Alltag und dessen Schwierigkeiten zu schildern. Ein Beruf in der Pflege für viele eine Berufung ist. Die über 600 Online-Teilnehmenden unterstrichen ihre Forderungen nach mehr Lohn und Zeit in einem Beruf und Luzerner SP-Kantonsrätin, sprach in ihrer Rede den Pflegenden aus dem Herzen:

«Ich übe meinen Beruf als Pflegefachfrau sehr gerne aus, denn es ist ein wunderschöner Beruf. Aber er ist auch sehr fordernd, physisch und psychisch. Wir Pflegenden sind sehr nahe am Menschen dran. Dies in den schönen Momenten, wenn zum Beispiel eine Krankheit überwunden wird oder eine querschnittsgelähmte Person vor Freude weint, weil sie das erste Mal wieder selbst die Zähne putzen kann. Wir sind jedoch auch in den weniger schönen Momenten da. Wenn zum Beispiel ein Mensch eine Diagnose erhält oder wenn jemand stirbt.

## Kein Beruf wie jeder andere

Hier zeigt sich ein grosses Problem, mit dem wir Pflegenden zu



Sara Muff, Kantonsrätin LU und Pflegefachfrau

kämpfen haben. Eigentlich ist «sich kümmern» ein urpflegerischer Wert. Doch genau das können wir oft nicht tun, weil uns die Zeit dafür fehlt.

Das sind die Dinge, die ich persönlich mit nach Hause nehmen. Denn ich kann nicht einfach ausstempeln und mir einreden, ich würde diese Gedanken hinter mir lassen. Ich sitze dann zu Hause und weiss, es hätte mich gebraucht, und ich konnte für den Menschen nicht da sein.

## Krank in der Pflege

Pflege ist kein Luxusprodukt, sondern ein fundamental wichtiger gesellschaftlicher Wert. Es liegt auf der Hand, dass dieser Sektor nicht profitorientiert sein kann.

Die Realität sieht leider anders aus, und die Ökonomisierung im Spitalalltag schreitet voran. Die Betten müssen stets vollständig ausgelastet sein, während gleichzeitig beim Personal gespart wird. Der Druck auf die Pflegenden steigt so stark an. Wir haben keine Pufferkapazität, etwa bei krankheitsbedingten Ausfällen. Bei Krankheit fragen wir Pflegenden uns oft, ob wir nicht doch zur Arbeit gehen sollten. Wir kommen mit Fieber oder Schmerzen auf die Station und nehmen zuerst selbst ein Medikament, auch wenn wir eigentlich ärztlich krankgeschrieben wären. Denn wir sind uns bewusst, dass es für das Team eine Katastrophe ist, wenn wir ausfallen. Gleichzeitig sollten wir auch



# len, was zählt»

ildern. Ebenso zeigten sie auf, weshalb Manifest. Sara Muff, Pflegefachfrau

noch Lernende und Studierende ausbilden, also die künftigen Fachleute, die uns morgen pflegen werden.

2400 Pflegefachpersonen steigen pro Jahr aus dem Beruf aus, ein Drittel davon noch vor dem 35. Lebensjahr. Der Kostendruck in den Spitälern führt zu Sparmassnahmen. Diese werden auf unserem Rücken ausgetragen. Das hat Konsequenzen für alle, denn mit jeder Abbaumassnahme sinkt die Patientensicherheit.

### Es muss etwas gehen

Ich bin eine Quereinsteigerin und habe im Büro gearbeitet, bevor ich die Höhere Fachschule absolvierte. Im Pflegeberuf habe ich meine Berufung gefunden. Diesen wun-

derschönen Beruf möchte ich bis zur Pension ausüben. Ich hoffe, dass sich nun endlich etwas ändert, damit ich dies auch kann. Auch die Pflege benötigt Pflege. Applaus alleine reicht nicht, denn Applaus verändert nichts. Wir müssen jetzt endlich das bezahlen, was wirklich zählt!»

## Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch).

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

**IMPRESSUM SOLIDARISCH** – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch). Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31'000 deutsch, 9'000 französisch. Total: 40'000. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



# Schluss mit dem Sterben im Mittelmeer

**MIT DEM BOTSCHAFTSASYL LIESSE SICH VIEL LEID VERMEIDEN:** Menschen, die unsere Asylkriterien erfüllen, könnten bereits im Herkunftsland ein Asylgesuch stellen und müssten nicht mehr auf der Flucht ihr Leben riskieren. Im Parlament sind entsprechende Vorstösse hängig.



Samira Marti,  
Nationalrätin BL



Daniel Jositsch,  
Ständerat ZH

Seit Covid-19 die ganze Welt beschäftigt, sind die Missstände in den Flüchtlingslagern an den Grenzen Europas stark in den Hintergrund gerückt. Dies, obwohl sich die Situation der Menschen auf der Flucht im letzten Jahr massiv verschlechtert hat. Die prekären Bedingungen in den Zelten, der fehlende Zugang zu fliessendem Wasser und einer funktionierenden Gesundheitsversorgung verunmöglichen einfachste Schutzmassnahmen. Darum fordern über dreissig Schweizer Städte und Gemeinden die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf, die Men-

schon endlich aus diesen Lagern zu evakuieren und ihnen Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren zu ermöglichen, so wie dies in der Genfer Flüchtlingskonvention vorgesehen ist.

Bereits lange bevor sie in Europa anklopfen und in den Lagern in Griechenland, Kroatien oder Bosnien «stranden», sind Geflüchtete unvorstellbaren Leiden ausgesetzt. Menschen mit berechtigtem Anspruch auf Asyl sind gezwungen, sich illegal, mit Hilfe krimineller Schlepperorganisationen und unter lebensgefährlichen Umständen nach Europa und in die Schweiz zu kämpfen, um einen Asylantrag stellen zu können.

## Krise spitzt sich zu

Seit 2014 sind alleine im Mittelmeer über 21000 Menschen auf dieser Flucht gestorben. Das sind zehn Menschen pro Tag! Diesem Drama, das durch unsere Gesetze mitverursacht wird, muss endlich ein Ende gesetzt werden.

Wir fordern darum in zwei gleichlautenden Vorstössen in beiden Räten, dass die Schweiz das Botschaftsasyl wieder einführt. Dieses wurde 2012 mit der Revision des Asylgesetzes abgeschafft. Der Bundesrat wollte vermeiden, dass die Schweiz als einziges europäisches Land diese Möglichkeit vorsieht. (Das ist notabene besonders paradox, weil dieselben politischen Kreise gleichzeitig auf die Unabhängigkeit von der EU pochen.) Die Situation hat sich seither verschlechtert, die humanitäre Krise hat sich zugespitzt, die Fluchtrouten in die Schweiz wurden zusätzlich erschwert. Die dramatischen Folgen sind bekannt.

Das Bestechende am Instrument des Botschaftsasyls besteht darin, dass Menschen nicht mehr unter Lebensgefahr mehrere tausend Kilometer von Syrien, vom Libanon oder von Libyen aus nach Europa auf sich nehmen müssten, um in der Schweiz einen Antrag auf Asyl zu stellen. Wenn sie nach der Genfer Flüchtlingskonventi-

on und der Schweizer Gesetzgebung ein Anrecht auf Asyl haben, so können sie diesen Anspruch direkt in der Schweizer Botschaft vor Ort geltend machen. Die Logik ist einfach: Wer einen positiven Bescheid erhält, wird bei der Einreise unterstützt, alle anderen nicht.

## Die Asylkriterien bestimmt die Schweiz

Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien wehren sich gegen das Botschaftsasyl. Sie verkennen, dass sich so ein geordnetes Asylverfahren gestalten lässt. Und sie vergessen, dass mit der Definition des Verfahrens kein Entscheid über die Zulässigkeitskriterien gefällt wird – diese bleiben unverändert. Das Botschaftsasyl ist angesichts der Tragödie im Mittelmeer und der aktuellen Situation in den Flüchtlingslagern nicht nur sinnvoll, sondern unsere historische Verantwortung.



Mit unglaublich viel Glück geschafft: Ankunft auf Lesbos.

## WIE GEHT ES WEITER?

- Während der Märzsession haben Daniel Jositsch und Samira Marti die beiden gleichlautenden Motionen im Stände- und im Nationalrat eingereicht.
- Der Bundesrat hat nun Zeit bis zur nächsten Session, um die Vorstösse zu beantworten. Dazu gehört der Antrag auf Annahme oder Ablehnung und eine entsprechende Begründung.
- Es ist gut möglich, dass der Ständerat bereits während der Sommersession im Juni über den Vorschlag diskutieren und entscheiden wird.



# Sinnvoll. Anders. Der ABS-Anlagefonds

Mit vielen mehr bewirken.  
Investieren auch Sie in unseren ersten Anlagefonds basierend  
auf dem schweizweit strengsten Nachhaltigkeitsansatz.  
ABS - Das Label für eine lebenswerte Welt.

Mehr dazu auf: [www.abs.ch/anlagefonds](http://www.abs.ch/anlagefonds)